

FÜR EINE ENTSCHLOSSENERE DEUTSCHE NAHOSTPOLITIK. ERFAHRUNGEN MIT EINER INITIATIVE EHEMALIGER DEUTSCHER BOTSCHAFTER

von Martin Schneller

Im November 2009 legten mehrere ehemalige Botschafter der Bundesrepublik Deutschland einen Diskussionsbeitrag mit dem Titel «Fünf Thesen zum Nahostkonflikt» vor.¹ Darin forderten sie die Bundesregierung zu verstärktem politisch-diplomatischen Handeln auf. Jetzt hat der frühere deutsche Botschafter in Amman Dr. Martin Schneller die Reaktionen auf den Diskussionsbeitrag zusammengefasst, den wir nachfolgend dokumentieren.

Am 8. Dezember 2009 berichtete die «Süddeutsche Zeitung» über einen Diskussionsbeitrag ehemaliger deutscher Botschafter. In ihm wurde die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen der europäischen Nahostpolitik und in enger Abstimmung mit den USA über Maßnahmen mit dem Ziel nachzudenken, den Forderungen an die Konfliktparteien nach Beendigung der Auseinandersetzung mehr Nachdruck zu verleihen. Der Wortlaut der Initiative wurde in der online-Ausgabe der SZ sowie in den websites von Reiner Bernstein und Hans-Georg Wieck (www.hans-georg-wieck.com) veröffentlicht.

1) Ausgangspunkt der Initiative waren folgende Feststellungen:

- Ein Jahr nach dem Gaza-Krieg und 60 Jahre nach Gründung Israels ist keines der Kernprobleme des Nahostkonflikts gelöst. Damit ist die Fortdauer der bisherigen Instabilität in der Region vorprogrammiert und eine erneute Eskalation der Gewalt nur eine Frage der Zeit.
- Der Konflikt berührt wesentliche deutsche, europäische und US-amerikanische Interessen. Er gefährdet die öffentliche Sicherheit hier wie dort, schwächt die gemäßigten politischen Kräfte in der Region, belastet das Verhältnis zur islamischen und arabischen Welt sowie unser Eintreten für die Beachtung der Menschenrechte. Außerdem wird die Sicherheit Israels nach Überzeugung aller bisherigen Bundesregierungen am wirksamsten durch

¹ Vgl. „Fünf Thesen zum Nahostkonflikts Ein Diskussionsbeitrag ehemaliger deutscher Botschafter“ in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage: www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_erklaerungen/Schneller_20.02.10.pdf.

einen Ausgleich der legitimen Interessen beider Konfliktpartner gewährleistet, das heißt durch die Zwei-Staaten-Lösung als erklärtem Ziel deutscher, europäischer und US-amerikanischer Nahostpolitik. Diese rückt mit jedem Tag, der neue «facts on the ground» schafft, in weitere Ferne. Der physische Raum, in dem ein palästinensischer Staat entstehen soll, schrumpft.

- Die deutschen und europäischen Erklärungen zum Nahostkonflikt sowie die jüngsten US-amerikanischen Anläufe werden weitgehend ignoriert. Hier liegt der zentrale Ansatzpunkt der Initiative: Nach Überzeugung ihrer Autoren resultiert die Wirkungslosigkeit der deutschen und europäischen Bemühungen in dem Verzicht auf jegliche Druckmittel, um eine erklärte Politik durch entsprechende Maßnahmen in die Wirklichkeit umzusetzen. Diese könnten darin bestehen, Vergünstigungen und Leistungen an die Konfliktpartner, wie zum Beispiel eine weitere Annäherung an Europa, von Fortschritten im Friedensprozess abhängig zu machen. Einer Nahostpolitik ohne konkreten Nachdruck fehlt der Gestaltungsspielraum, der erforderlich ist, um Hindernisse für den Frieden – allen voran die Siedlungspolitik – wirksam abzubauen.

2) Reaktionen:

- Die Bundesregierung bezeichnete die Initiative als «wichtigen Diskussionsbeitrag». Zu der Forderung nach einer «entschlosseneren Gangart» wies sie auf die unzweideutige Zurückweisung der israelischen Siedlungspolitik, der Annexion Jerusalems oder der Abriegelung des Gaza-Streifens hin, zuletzt in der Erklärung des EU-Außenministerrats vom 8. 12. 2009.
- Bei einem Gespräch im Auswärtigen Amt über die Initiative kam es zu einem durchaus konstruktiven Meinungs-austausch. Als zentraler Dissens erwies sich erwartungsgemäß die Forderung, gegenüber den Konfliktparteien über Erklärungen hinauszugehen und den Resolutionen gegebenenfalls auch mit nachdrücklichen Maßnahmen Gewicht zu verleihen.
- In den Medien fand die Initiative ein teilweise lebhaftes Echo (ARD-Morgenmagazin, Deutsche Welle, Rheinische Post, Deutschlandfunk), in der Regel mehr berichtend als kommentierend.

- Aus Israel kamen einige sehr positive Reaktionen. So bezeichnete der ehemalige Knesset-Sprecher Avraham Burg den Diskussionsbeitrag als in allen Punkten zutreffend und notwendig. Solche Initiativen entsprächen den wirklichen Bedürfnissen Israels eher als die «Carte Blanche» gegenüber allen Aktionen der israelischen Regierung, welche in die derzeitige Sackgasse geführt habe. Burg wies jedoch gleichzeitig darauf hin, gegenüber der israelischen Öffentlichkeit auf spezifische Sensibilitäten Rücksicht zu nehmen, wie zum Beispiel die Perzeption, dass die internationale Öffentlichkeit ohnehin gegen Israel eingestellt sei. Die online-Ausgabe von Yediot Aharonot berichtete über den in der SZ erschienenen Artikel zu der Initiative mit positiver Akzentsetzung. Die Stoßrichtung des Diskussionsbeitrags wurde des weiteren von israelischen Intellektuellen wie Prof. Golan und Prof. Noemi Chazan begrüßt sowie in die website des führenden Mitglieds des Verbunds «European Jews for a Just Peace», Richard Kuper, aufgenommen. Erwartungsgemäß gab es in den israelischen Medien und seitens der Deutsch-Israelischen Gesellschaft aber auch entschieden ablehnende Kommentare.
- Auf arabischer Seite fand der Beitrag Eingang in mehrere websites, welche die Initiative teilweise ausführlich aus einem pro-palästinensischen Blickwinkel referierten.
- In den USA veröffentlichte eine website einen ausführlichen Artikel über die Initiative, die auch bei dem in New York lehrenden britischen Historiker Tony Judt ein positives Echo fand («I could not agree more»)
- Die Initiative soll bei sich bietender Gelegenheit fortgeführt werden. Ihr Text wurde dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags zugeleitet und wird in der März-Ausgabe der deutsch-englischen Publikation «Business&Diplomacy» Gegenstand eines Interviews sein.

3) Bewertung:

Die Initiative hat zu dem Plädoyer für eine nachdrücklichere deutsche Nahostpolitik beigetragen. Gleichzeitig wurde erneut der enge Rahmen deutlich, den sich die Bundesregierung in ihrer Politik gegenüber der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung gesetzt hat. Der Diskussionsbeitrag stellt die deutsche Verpflichtung für die Sicherheit Israels in keiner Weise in Frage. Wir fragen uns jedoch – wie viele politisch interessierte Zeitgenossen –, ob die bedingungslose Solidarität mit jeder israelischen Regierung und mit dem Israel jenseits der Grenzen von 1967 diesem zentralen Interesse der

deutschen Nahostpolitik wirklich dienlich ist. Besteht nicht Gefahr, mit der bisherigen Politik das überragende Ziel eines Friedens im Nahen Osten aus den Augen zu verlieren, zumal zwischen beiden Anliegen – der Sicherheit Israels und der Beendigung des Konflikts, also Sicherheit durch Frieden – nach Überzeugung der internationalen Gemeinschaft kein Widerspruch besteht?
